

Herrn Dr. Gregor Haefliger
Staatssekretariat für Bildung und Forschung
Abt. Nationale Forschung
Hallwylstrasse 4
3003 Bern

Dübendorf, 22. Februar 2010

Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, zur Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes Stellung nehmen zu können. Als Fachkonferenz der KFH beziehen wir uns auch auf die Vernehmlassungsantwort der KFH, heben jedoch einzelne Aspekte, welche für die Forschungsförderung der Sozialen Arbeit von Relevanz sind hervor. Die SASSA als nationales Gremium der Hochschulen für Soziale Arbeit war in der vorteilhaften Lage, den Gesetzestext von den Forschungsexperten der Westschweizer Schulen (HES-SO) als auch den Deutschweizer Hochschulen begutachten zu lassen. Da gerade in bestimmten Sprachformulierungen die Essenz eines Gesetzes zum Ausdruck kommt, finden Sie hier nicht nur die Bemerkungen zu den einzelnen Artikel auf deutsch, sondern danach die einzelnen Bemerkungen auf französisch. Beide Teile sind in den Grundzügen gleich, werden jedoch aufgrund der sprachlichen Unterschiede separat angefügt.

Grundsätzliche Bemerkungen:

Die SASSA (Fachkonferenz Soziale Arbeit der FH Schweiz) begrüsst grundsätzlich die Neuordnung der Forschungsförderung. Positiv sind insbesondere der Bezug zu unterschiedlichen Förderungsgegenständen (Forschung und Innovation) und die Gleichbehandlung von Forschungsinstitutionen. Das bedeutet, dass z.B. Universitäten und Fachhochschulen sowohl Mittel im Grundlagenbereich als auch in der anwendungsorientierten Forschung beantragen können. Wir weisen jedoch im Hinblick auf die angestrebte Gleichbehandlung von Universitäten und Fachhochschulen sowie auf die Gleichbehandlung von Bereichen (technisch/wirtschaftliche Fachbereiche und Bereiche Gesundheit, Kunst und Soziale Arbeit) ähnlich wie die KFH auf folgende Aspekte hin: Voraussetzung für die Gleichbehandlung der unterschiedlichen Förderungsgegenstände (Forschung und Innovation) ist eine Anpassung des zu eng verstandenen Innovationsbegriffes. Ebenso muss die Innovationsforschung (KTI) breiter verstanden werden. Beide Aspekte kommen im Gesetz nicht genügend zum Ausdruck. Für die Forschungsförderung der Sozialen Arbeit müsste sicher gestellt werden, dass der Innovationsbegriff (wie dies auch die KFH bemängelt) sowie die Innovationsförderung KTI breiter gefasst werden. Dazu muss, wie es auch die KFH vorschlägt, der Innovationsbegriff dahingehend angepasst werden, dass er sowohl (volks-)wirtschaftlichen, als auch gesellschaftlichen und sozioökonomischen Nutzen erfasst. Unserer Ansicht nach ist die allgemeine Definition der Innovation stark aus einer eingeschränkten disziplinären technisch-ökonomischen Perspektive geprägt. Überdies hinaus müssten dann im **HFKG** die verschiedenen Hochschultypen die gleiche Grundförderung bezogen auf die Forschung erhalten. Diese Entscheidung liegt jedoch bei Bund und Kantonen (und nicht nur beim Bund). Erst wenn diese Gleichwertigkeit gegeben ist, stimmt das kompetitive Verfahren der Forschungsförderung sowie es jetzt in diesem Gesetz angelegt ist.

Wie die KFH bemängeln wir eine gewisse Inkonsistenz bei der Begriffsanwendung betreffend „Forschung“, manchmal ist auch von der „Forschung und Entwicklung“ die Rede. Dies gilt auch für den französischen Text, wo die Begriffe „recherche fondamentale et recherche orientée vers les applications“ und dann wiederum die „recherche appliquée et le développement“ verwendet werden. Um Missverständnisse zu vermeiden, empfehlen wir die korrekte Anwendung der Begriffe zu klären.

Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln:

Art. 2 Abs. 2: Begriffe

Antrag: „*ihrer Resultate zur wirtschaftlichen Nutzung*“ ist zu streichen, so dass im Gesetz folgende Formulierung steht (vgl. auch Formulierungsantrag der KFH): *Entwicklung neuer Produkte, Verfahren, Prozesse und Dienstleistungen für Wirtschaft und Gesellschaft durch anwendungsorientierte Forschung*“.

Alternativantrag: Man könnte in diesem Zusammenhang aber auch von wirtschaftlichen und sozialem Nutzen sprechen wie folgende französische Formulierung zeigt: *„le développement de nouveaux produits, procédés, processus, **dispositifs** et services pour l'économie et la société moyennant la recherche orientée vers les applications et la pratique et la mise en valeur des résultats à fins économique et **sociaux**“*.

Begründung: Mit dem Zusatz „...zur wirtschaftlichen Nutzung“ zeigt sich, dass ein gesellschaftlicher Nutzen lediglich ökonomischer Natur sein kann. Wir fordern, dass die wissensbasierte Innovation auch Entwicklungen fördert, die auf einen sozialen oder kulturellen Nutzen abzielen. Eine so verstandene Innovation zeichnet sich mitunter auch dadurch aus, dass sie volkswirtschaftliche Kosten eindämmen bzw. erst gar nicht entstehen lassen kann. Gerade weil die KTI aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte eng mit den technisch-ökonomischen (naturwissenschaftlichen) Disziplinen und der Privatwirtschaft verknüpft ist, gilt es auch begrifflich für die beabsichtigte Öffnung der Innovationsförderung für alle, ein deutliches Zeichen zu setzen. Ferner ist mit der Formulierung ohne den von uns bemängelten Zusatz die wirtschaftliche Begründung von Innovation hinreichend abgedeckt.

Art. 5 Abs. 2g: Grundsätze

Antrag: Der ganze Absatz 2g *„ein angemessenes Verhältnis zwischen Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Forschung im öffentlichen Interesse sowie anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung zur wirtschaftlichen Nutzen“* ist zu streichen.

Begründung: Analog zur KFH sind wir der Meinung, dass die Aufgaben bzw. die Leistungsaufträge der Forschungsorgane teilweise andernorts definiert sind, bzw. ausserhalb des Kompetenzbereiches des Bundes liegen. Ferner hegen wir was der *„wirtschaftliche Nutzen“* anbelangt die gleichen Vorbehalte wie oben formuliert.

Art. 16 Abs. 2c: Aufgaben des Bundes

Formulierungsantrag: „Die Verwertung des Wissens und den Wissens- und Technologietransfer zwischen den Hochschulen und Wirtschaft **sowie Gesellschaft**“

Begründung: Wie die KFH bemängeln wir die Einschränkung des Wissens- und Technologietransfers auf ein Verhältnis zwischen Hochschulen und der Wirtschaft, welche durch die von Ihnen gewählte Formulierung entsteht. Der Kreis der relevanten Innovationsteilnehmer ist weiter zu fassen, sodass er auch Institutionen des Sozialbereiches (und Gesundheit- und Kunstbereich) einschliesst.

Art. 17 Abs. 2b und 2d: Förderung der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung

Antrag: *„am Markt“* kann gestrichen werden, so dass folgende Formulierung entsteht: *Eine wirkungsvolle Umsetzung der Forschungsergebnisse kann erwartet werden.*

Begründung: Eine Öffnung des Innovationsbegriffes wird zwar implizit beabsichtigt, aber im vorliegenden Gesetzesentwurf nicht konsequent umgesetzt. Dies zeigt sich insbesondere in Art. 17 2b, wo immer noch

ein an Markt- und Produktvorstellungen gebundenes eingeschränktes Innovationsverständnis vorherrscht.

Was den Absatz 17d „Der Umsetzungspartner beteiligt sich hälftig an der Finanzierung des Projektes. Der Bundesrat kann Ausnahmen von dieser Voraussetzung in der Verordnung festlegen“ so ist zu gegebenem Zeitpunkt zu prüfen, ob für gewisse Innovationsbereiche (kulturelle, gesellschaftliche, soziale Innovation) die Ausnahmeregelung zur Normalregelung gemacht werden müsste:

Begründung: So basiert die Finanzierungslogik durch private oder öffentliche Partner im Rahmen der KTI-Förderung darauf, dass Partner später einen Nutzen aus der zu fördernden Entwicklung ziehen können. Die Vorfinanzierung von kulturellen oder sozialen Innovationsvorhaben (von 50%) auf einen möglichen späteren Nutzen hin, der sich vielleicht nicht einmal an einem Produkt geschweige denn an besseren Marktchancen festmachen lässt, ist für öffentlich-rechtliche Institutionen, bzw. für Non-Profitorganisationen auch aufgrund der gesetzlich verankerten Budgetierungslogiken in der Regel nicht möglich, gerade weil in der Regel für die beteiligten Partner kein monetärer sondern ein ideeller Gewinn aus solchen Innovationsprojekten erzielt werden kann. Ausserdem kann eine anstehende Innovationsforschung den Beleg des gesellschaftlichen Nutzens seriöser Weise nicht vorgängig erbringen (Absatz d), sondern höchstens plausibilisieren, da Forschung grundsätzlich ergebnisoffen angelegt ist.

Art. 18 Abs 3: Zusatzmassnahmen

Formulierungsantrag: „Eine Unterstützung des Wissens- und Technologietransfer sowie der Verwertung des Wissens erfolgt durch die Förderung des Informationsaustausches zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft **sowie Gesellschaft**“

Begründung: vgl. Begründung bei Art. 16 Abs. 2c

Art. 19 Abs 2: KTI a: Einsetzung und Organisation

Formulierungsantrag: „Sie besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, Wirtschaft **und Gesellschaft**.“

Begründung: Soll die Öffnung der Innovationsförderung zu allen gesellschaftlichen Innovationsbereichen glaubhaft sein, so sollten in der Förderkommission auch Vertretungen aus anderen relevanten Bereichen, z.B. gemeinnützige Verbände, Organisationen und nicht nur WirtschaftsvertreterInnen vorgesehen werden.

Soweit die Bemerkungen zur deutschsprachigen Version des geplanten FIGG. Finden Sie nun die Ausführungen zum französischen Gesetzestext:

Des remarques générales

Le projet de révision a une orientation globalement positive. La mise sur pied d'égalité des universités, des écoles polytechniques et des HES est logique dans le cadre du développement de la politique des Hautes écoles de la Confédération. À saluer également le fait que tous les types de recherches sont pris en compte. Un toilettage du texte, pour (en français) éviter de parler de « recherche orientée vers les applications », de « recherche appliquée » de « recherche orientée vers la pratique » devrait être fait. Nous suggérons d'utiliser le langage FNS : recherche orientée vers la pratique, sauf en ce qui concerne la CTI (recherche orientée vers les applications). Il faut également éviter de réintroduire dans le texte (comme c'est le cas actuellement à l'article 15) une distinction obsolète entre recherche fondamentale et recherche orientée vers la pratique.

Commentaire article par article

Art. 2 Notions

Dans la présente loi, on entend par :

a. recherche scientifique (recherche) : la recherche méthodique de connaissances nouvelles. *Elle englobe toutes les formes de recherche, la recherche fondamentale, la recherche orientée vers la pratique et la recherche orientée vers les applications réalisée dans un intérêt public.*

b. innovation fondée sur la science (innovation) : le développement de nouveaux produits, procédés, processus et services pour l'économie et la société moyennant *de la recherche* et la mise en valeur des résultats à des fins économiques *et sociales*.

Art. 5 Principes

2 Ce faisant, ils veillent en particulier :

- a.** à la liberté de la recherche;
- b.** à la qualité scientifique de la recherche et de l'innovation;
- c.** à la diversité des opinions et des méthodes scientifiques;
- d.** à la liberté de l'enseignement et au maintien d'un lien étroit entre l'enseignement et la recherche;
- e.** à l'encouragement de la relève scientifique;
- f.** à la coopération internationale dans le domaine de la recherche et de l'innovation.
- g. à un rapport judicieux entre les différentes formes de recherche réalisée dans un intérêt public, économique ou social*

Art. 7 Tâches et principes d'encouragement des institutions chargées d'encourager la recherche

2 Elles encouragent la recherche scientifique sous toutes ses formes.

Art. 15 Recherche de l'administration fédérale

- 1** La recherche de l'administration sert en priorité à l'exécution de tâches de l'administration fédérale.
- 2** La recherche de l'administration peut prendre les formes suivantes :...

Art. 16 Tâches de la Confédération

1 La Confédération encourage la recherche orientée vers la pratique et le développement **2** Elle peut soutenir (mesures additionnelles) :

- a.** les mesures visant à promouvoir l'entrepreneuriat, *le service public et les associations* basées sur la science;
- b.** les mesures en faveur de la création et du développement d'entreprises dont les activités sont basées sur la science;
- c.** la mise en valeur du savoir et le transfert de savoir et de technologie entre les hautes écoles et les entreprises.

Art. 17 Encouragement de la recherche orientée vers la pratique et du développement

1 La Confédération peut encourager des projets de recherche *orientée vers la pratique* en allouant des contributions à des établissements de recherche universitaire et à d'autres établissements de recherche sans but lucratif.

2 Les contributions sont uniquement accordées si les conditions suivantes sont remplies :

- a.** le projet est mené conjointement avec un ou plusieurs partenaires privés ou publics chargés de la mise en valeur;
- b.** une commercialisation efficace des résultats de la recherche peut être escomptée;
- c.** le projet ne peut vraisemblablement pas être réalisé sans l'encouragement de la Confédération;
- d.** le partenaire chargé de la mise en valeur participe pour moitié au financement du projet. Le Conseil fédéral peut prévoir des exceptions à cette condition dans l'ordonnance, *notamment pour des organismes à but non-lucratif*;
- e.** le projet contribue à la formation axée sur la pratique de la relève scientifique.

Art. 22 d. Tâches de la CTI

1 La CTI est, dans le cadre de la promotion de l'innovation, l'organe de la Confédération chargé de l'encouragement de la recherche orientée vers les applications dans toutes les disciplines représentées dans les établissements de recherche universitaire.

SASSA

Fachkonferenz Soziale Arbeit der FH Schweiz

Conférence suisse des hautes écoles spécialisées de travail social

Conferenza svizzera delle scuole universitarie professionali di lavoro sociale

Auenstrasse 4
8600 Dübendorf
Telefon 058 934 88 68
E-Mail : info@sassa.ch
www.sassa.ch

2 Elle prend, dans le cadre des objectifs fixés par le Conseil fédéral et des crédits ouverts par le Parlement, des mesures et des décisions concernant :

a. l'encouragement de projets de recherche *orientée vers les applications* et de développement;

Wir hoffen, dass Sie unsere Anliegen berücksichtigen können.

Mit freundlichen Grüssen

SASSA

Fachkonferenz Soziale Arbeit der FH Schweiz

Monika Wohler
Präsidentin SASSA

Manuela Bruderer
Geschäftsführerin SASSA